

❖ Der Demokratie- und Menschenrechtsgedanke hat längst globale Verbreitung erfahren, und doch darf der von Recep Tayyip Erdogan sogenannte „Christenclub“ Europa immer noch die Urhebererschaft beanspruchen. Daraus ergibt sich keine Vorrangstellung, eher eine besondere Verpflichtung, ein anspruchsvolles, bisweilen auch stolzes Selbstverständnis, das zugleich ein tiefes Begreifen und Reflektieren einer seit Jahrtausenden sich entfaltenden geistigen Tradition erfordert. Die Selbstverständlichkeit, mit der man sich in den saturierten, westlich geprägten EU-Staaten wie ein Fisch im Wasser gleichsam im Medium dieses christlich-humanistischen Stranges der Menschheitsgeschichte bewegte, hat im letzten Jahrzehnt nach 9/11 Eintrübungen erfahren. Die europäische Idee und Realität von Frieden und Freiheit ist eine geistige und politische Errungenschaft, die gegen inner- wie außer-europäische Anfeindungen und Auflösungserscheinungen bestehen muss.

Eine stärkere Fokussierung auf die Grundwerte, die unsere Lebensform und den europäischen Weg bestimmen, wird in 2012 von besonderer Bedeutung sein, einem Jahr, in dem sich eine ganze Reihe weltpolitischer Konstanten verschieben könnte: Führungsentscheidungen oder Wahlen stehen in Russland, China und den USA an. Sie werden Einfluss auf das weltpolitische Machtgefüge haben, in dem das krisengeschüttelte Europa *nolens volens* seine Position zu behaupten hat – von den Konsequenzen der Arabellion vor unserer Haustür, denen noch eine klare Ausrichtung fehlt, ganz zu schweigen.

Es ist eine – vielleicht doch lehrreiche – Ironie der Geschichte, dass die gegenwärtige Krise von Griechenland, dem Ursprungsland der beschworenen europäischen Werte, ausging: Hellas ist ein schlagendes Exempel für die zuletzt auch von Wolfgang Ockenfels (*Die Neue Ordnung*, Oktober 2010) vertretene Annahme, dass es einen noch genauer zu klärenden



inneren Zusammenhang zwischen finanzieller und geistig-moralischer Krise gebe. Die Destabilisierung des Landes resultiert aus einem strukturellen Desaster: dem gekonnt verschleierte Demokratiedefizit einer oligarchisch funktionierenden Gesellschaft, in der eine Kaste auf Kosten der breiten Mehrheit lebt und sich europäische Zuwendungen

ohne Skrupel selbst einverleibt. Die Griechen verweigern in ihrer Mehrheit ebenso wenig grundlegende Reformen wie die Mehrheit der europäischen Bürger andernorts. Sie entziehen allerdings dem gesamten Staatsapparat, der von eigennützigen in verschiedenen Parteien alternierend herrschenden Familienclassen gestellt wird, den spärlichen Rest ihres Vertrauens.

Das korrupte „Kastenwesen“ Griechenlands – ein nachhaltiges Erbe seiner osmanischen Bürde – kann der europäischen Familie ebenso wenig gleichgültig sein wie die Verfassungsänderungen in Ungarn. Hier wie dort sind kreative Strategien der politischen Intervention gefragt, welche die Souveränität der Staaten nicht verletzen, sie aber an ihrem Souverän, dem Volk, messen und diesem zu seinem Recht verhelfen.

Bei genauerer Betrachtung ist also die europäische Krise nicht zuletzt dem Vakuum politischer Durchsetzung europäischer Prinzipien geschuldet. Wie auch immer die französische Präsidentschaftswahl in 2012 ausgehen wird: Es ist zu hoffen, dass auch die neue Regierung in unserem Nachbarland zum jüngst dort in Kraft getretenen Verbot der Leugnung von Völkermorden steht und die Attacken außer-europäischer Regierungen zu parieren weiß, die ihre nationalen Eitelkeiten über die Würde des Menschen stellen. ❖

*Rita Anna Tüpper*

Rita Anna Tüpper